

Pressemitteilung vom 28.03.2022

Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung übergibt Petition Über 6000 Unterschriften für Schwangerschaftsabbrüche am Klinikum

Am Freitag, den 1.4. übergeben Vertreter*innen des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung Passau um 16 Uhr am Rathausplatz die Unterschriften der Petition "Passau for choice" an die Stadt Passau. Über 6000 Menschen, darunter über 2700 aus Passau, haben die Petition unterschrieben. Sie fordern, dass Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung am städtischen Klinikum ermöglicht werden. Zur Übergabe ist auch Oberbürgermeister Jürgen Dupper eingeladen.

"Seit August vergangenen Jahres haben wir zahlreiche Unterschriften gesammelt. Wir haben Veranstaltungen, Demonstrationen und Infostände in der Fußgängerzone organisiert und sind dabei mit vielen Passauer*innen ins Gespräch gekommen. Es gibt wenig Verständnis für die restriktive Abtreibungspolitik des Stadtrats und viele sind erstaunt, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht Teil der medizinischen Grundversorgung durch das Klinikum sind. Es ist Zeit für sexuelle Selbstbestimmung auch in Passau", erklärt Henriette Gremm, Sprecherin der Petition "Passau for choice".

Den Initiator*innen gehe es mit der Petition um eine vollumfängliche medizinische Versorgung in Passau. Momentan gibt es nur eine Ärztin in für Passau und ganz Niederbayern, die ambulant Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung durchführt, nach der 96% aller Abtreibungen in Deutschland stattfinden. So gebe es ungewollt Schwangere im Raum Passau, die bis nach München oder Nürnberg reisen müssten, weil sie in Passau nicht versorgt werden könnten.

"Eine Ärztin für ganz Niederbayern ist nicht genug. Auch das Schwangerschaftskonfliktgesetz schreibt vor, dass ein ausreichendes Angebot von ambulanten und stationären Einrichtungen zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen gewährleistet sein muss. Für letzteres ist das Klinikum zuständig. Als dessen Träger dürfen Oberbürgermeister und Stadtrat die Verantwortung nicht länger von sich weisen", erklärt Susanna Lindlein, Sprecherin der Petition "Passau for choice".

Nach der Übergabe der Unterschriften möchte sich das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung weiter für die Rechte von ungewollt Schwangeren und die Durchsetzung seiner Forderung an den Passauer Stadtrat und Oberbürgermeister Jürgen Dupper einsetzen. "Für uns ist dieses Thema erst vom Tisch, wenn sich die Versorgung für ungewollt Schwangere in Passau und Niederbayern deutlich verbessert hat. Selbstbestimmungsrechte sind nicht verhandelbar und nur dann etwas wert, wenn sie auch in Anspruch genommen werden können", so Henriette Gremm.